

Wilhelm Hankel

Arabiens Integrationsdefizit

Ökonomische Gründe und Lehren des Golfkrieges

Prof. Dr. Wilhelm Hankel, geb. 1929 in Danzig, lehrt Währungs- und Entwicklungspolitik an der Universität Frankfurt und ist zur Zeit Stiftungsprofessor der Deutschen Bundesbank für internationale Währungspolitik an der FD Berlin. Bis kurz vor Ausbruch des Golfkrieges beriet er im Auftrage der EG die jordanische Regierung in Amman.

Wäre es im zweiten Golfkrieg nur um die gegenwärtige oder künftige Sicherung der westlichen Mineralölversorgung gegangen, er wäre überflüssig und ökonomisch sinnlos zugleich gewesen. Der mit der Besetzung Kuwaits durch den Irak herbeigeführte Besitzerwechsel an der Tankstelle Shatt-el-Arab hätte, wenn es zu keinem von der UNO verhängten Embargo gekommen wäre, die Welt-Energiesituation entspannt und nicht verschärft. Der bankrotte irakische Herrscher hätte, wie man ihn kennt, sehr schnell versucht, die Beute zu vermarkten. Er hätte das ihm zugefallene Kuwait-Öl reichlich und billig angeboten und seine Marktanteile und -gewinne zu Lasten der arabischen Nachbarn und Brüder vergrößert, allen OPEC-Mengen- und Preisabsprachen zum Trotz. Nur so konnte er hoffen, sein durch ihn ruiniertes Land zu sanieren und seinen durch den ersten Golfkrieg ramponierten Ruf als guter Landesvater wieder aufzupolieren. Die Völkergemeinschaft hat ihm mit ihrem Beharren auf Recht und Schutz vor internationalem Faustrecht einen dicken Strich durch diese nur scheinbar billige Rechnung gemacht.

Auch langfristig lohnt es sich nicht mehr, um Mineralöl zu kämpfen. Seine Bedeutung als Rohstoff Nummer eins für die Welterzeugung von Primärenergie ist von hoffnungsloser Auszehrung befallen, ein Prozeß, der unumkehrbar ist und sich nur noch beschleunigen kann. Dabei hat sich die OPEC mit ihrer überzogenen Preisverteuerungspolitik in den siebziger Jahren den größten Teil der sie heute entmachtenden Substitutionskonkurrenz und Alternativenergien selbst ins bislang monopolistisch abgeschottete Haus geholt. Dank der Ölpreissteigerungen wurden neue Lagerstätten abbauwürdig, von der Nordsee über Alaska, von Sibirien, China und Indonesien bis hin zum südlichen Afrika. Ebenso sind aber auch viele, sich bislang nicht rechnende Alternativ-Energien verwendbar geworden: Ölschiefer, Wind und Sonne.

Wichtiger als der ökonomische ist in diesem Zusammenhang der ökologische Aspekt. Selbst wenn sich der derzeitige Hauptkonkurrent des Mineralöls bei der Primärenergieerzeugung, die Atomkraft, ebenfalls aus ökologischen Gründen nicht mehr weiter verantworten ließe, bleibt es beim Aus für das Zeitalter fossiler Brennstoffe. Sein Countdown wird längst gezählt. Eine von Smogalarm und Klimakatastrophen bedrohte Menschheit kann sich auf Dauer keine Energieträger mehr leisten, bei denen der ökologische Dauerschaden den kurzfristigen ökonomischen Nutzen und Kostenvorsprung mehr als nur wettmacht. Deswegen haben die in der Golf region bis heute bekannten Mineralölvorkommen - es handelt sich um zwei Drittel aller bislang auf dem Globus nachgewiesenen - auch jede Chance, da zu bleiben, wo sie gegenwärtig sind, nämlich unter Tage.

Es macht also keinen Sinn, „Kein Blut für Öl“ zu fordern. Und ebenso wenig macht es Sinn, gegen die UNO als einen angeblich verlängerten Arm der USA auf die Straße zu gehen und rhetorische Fragen zu stellen, wie: „Was wiegen schon UNO-Paragrafen und -resolutionen, verglichen mit dem Blutzoll an Menschen, den Verwüstungen von Land, Meer und Infrastruktur?“ Die Frage ist verständlich, aber falsch gestellt. Denn die Kosten des Völkerrechts stehen

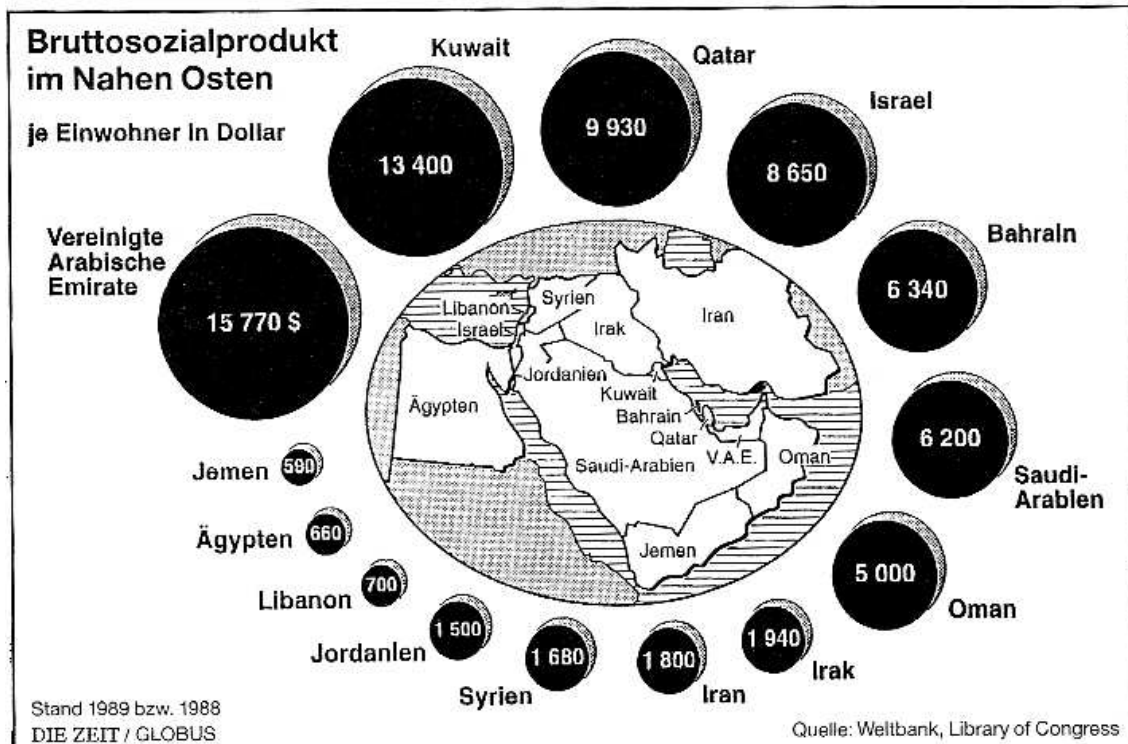
weder zur Debatte noch zur Disposition. Oder würden dieselben Friedensfreunde nach Bluttaten der RAF oder der Mafia dafür demonstrieren, daß man die Gerichte schließt und die Polizei entläßt? Jeder wüßte, was danach käme: Selbstjustiz, Blutrache, Steinzeit.

Wenn Menschen und Ressourcen ungleich verteilt sind

Der Schlüssel zum Verständnis der nicht erst seit Ausbruch des Golfkrieges virulenten nahöstlichen Krise liegt im inneren Zustand der arabischen Nationen und Gesellschaften. Der Westen trägt daran nur insoweit „Schuld“, als er durch Kauf und Vermarktung des Öls zumindest indirekt zu einer kraß einseitigen Verteilung der Öldividende und der Herausbildung extrem ungleicher Einkommens- und Vermögensverhältnisse beigetragen hat.

Die Länder der Golfregion - und das ist der springende Punkt -, die aufgrund ihres Ölreichtums und der daraus fließenden Deviseneinnahmen eine geradezu ideale Chance der Eigen-Entwicklung gehabt haben (und immer noch haben), haben diese Chance weder gesehen noch genutzt. Zwar sind die begünstigten Öl- und Sandstaaten, wie Saudi-Arabien, die Emirate und Kuwait, superreich geworden. Aber statt ihre Überschüsse in den benachbarten armen, volkreichen Flächenstaaten, also in Ägypten, im Irak oder etwa in Syrien zu investieren, zogen sie es vor, ihre Mittel „kolonialistisch“ anzulegen: in Renditeobjekten der Ersten (und noch dazu „ungläubigen“) Welt. In Saudi-Arabien, den Emiraten und Kuwait spielte man den Bankier und nicht den Investor. Man setzte für die Zeit nach dem Öl auf westliche Zinsen statt auf gut-nachbarliche Kapitalerträge (Dividenden). Die neuen Finanzgroßmächte des Nahen Ostens stützten lieber die US-Konjunktur, das US-Budget und den US-Dollar, als daß sie allzu viel gegen die Unterentwicklung ihrer arabischen Nachbarn und Brüder taten, was ihre Beliebtheit dort nicht unbedingt steigerte. Auch öffneten die Ölförderländer am Golf nur sehr bedingt ihre Grenzen für Einwanderer aus der Region; den Löwenanteil der unerläßlichen niederen Arbeiten und Dienste überließen sie — sicher ist sicher — Heloten aus fernerer muselmanischen Regionen, wie Persien, Indien, Pakistan.

Trotz des lang anhaltenden Ölbooms der siebziger und achtziger Jahre kam es nicht zu einer Nivellierung der am Anfang noch relativ geringen Wohlstands- und Einkommensunterschiede, sondern zu deren extremer Verbreiterung. Vor allem die Emirate und Kuwait rangieren inzwischen mit jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 13 000 bis über 15 000 US-Dollar an der Spitze der Weltkala, nur noch vergleichbar mit Industrieländern wie Deutschland, Japan oder den USA. Die volkreichen arabischen Flächenstaaten und Armutsländer, wie Ägypten, der Yemen, aber eben auch der Irak müssen sich mit einem Bruchteil dieses Wohlstandsindikators begnügen. Kann Allah, der ja schließlich alle Araber als sein auserwähltes Volk betrachtet, so etwas gewollt haben, fragt sich nicht nur so mancher Gläubige, sondern auch so mancher hochverschuldete Staatschef vor den Toren dieser Reichtumssoasen - und natürlich auch mancher Mullah.



Fundamentalismus-ein „franziskanisches“ Phänomen

Der moslemische Fundamentalismus hat viele Gründe und mehr als eine Quelle. Aber eine sehr wesentliche ist die ökonomische Perspektivlosigkeit der breiten einkommenslosen Massen in den großen, aber armen Flächenstaaten. Khomeiny wäre es nie geglückt, den Schah zu stürzen, hätte dieser nicht durch seine verfehlte Entwicklungspolitik den Ölsektor und die in ihm Beschäftigten reich gemacht, das Heer der Landbewohner aber von diesem Neu-Reichtum ausgeschlossen. Die - zudem selbst enteigneten - Mullahs brauchten nur den Bauernaufstand zu organisieren und harten leichtes Spiel, die Masse der gläubigen Landbewohner gegen den Schah und sein laizistisches, gottloses Regime zu mobilisieren. Selten ist eine falsche Entwicklungstheorie - nämlich die des ungleichgewichtigen „big push“ - so gründlich und mit so fatalen Folgen widerlegt worden. Erst das Scheitern der für Araber mentalitätsfremden baath-sozialistischen Wirtschaftsreformen in Syrien wie im Irak, die in beiden Fällen in einen Morast von Fehlplanung, Korruption und Inflation mündeten, ebnete „charismatischen“ Militärdemagogen wie Assad oder Saddam Hussein den Weg nach oben. Sie verkörpern als lebende Staatsikonen all das, was sich die um wirtschaftliches Auskommen und eine Lebensperspektive gebrachten arbeits-, einkommens- und erst recht vermögenslosen Massen der Städte und des flachen Landes ersehnen: materielle Sicherheit und Gleichstellung mit den Begüterten. Denn auch ein Moslem - und gerade er - leidet unter der sozialen Deklassierung als Armer. Liebt ihn Allah denn weniger als den Reichen?

Das jüngste Beispiel für dieses Zusammenspiel von religiös inspiriertem Fundamentalismus und sozialer Aufstandsbewegung gegen die etablierte Ordnung bietet Jordanien. Als sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der achtziger Jahre und der wegen der fallenden Ölpreise stark nachlassenden Hilfs- und Subsidienzahlungen der Ölstaaten seine wirtschaftlichen Bedingungen und Aussichten rapide verschlechterten, nahm - noch überproportional zur sich ausweitenden Arbeitslosigkeit - die Zahl der fundamentalistischen Wähler und Abgeordneten zu. Statt das Übel an der Wurzel zu bekämpfen und Jordanien, eine trotz Olmangels noch immer potentielle Prosperitäts-oase, zu einem modernen Industrie- und Wohlfahrtsstaat auszubauen, entschloß sich die Monarchie zum Pakt mit dem sie bekämpfenden Fundamentalismus. Er hat Jordanien nicht nur ins falsche Lager gebracht, sondern das Land aller seiner Standortvorteile als potentielles Investitions- und Einstiegsland für westliche Joint ventures beraubt, zumindest auf absehbare Zeit. Es ist deshalb auch nur eine Frage des Zeitpunktes, wann sich die fundamentalistische Regierung ihres königlichen Steigbügelhalters entledigen wird, und zwar unabhängig davon, wie der Golfkrieg endet. Denn solange die krassen Mißverhältnisse zwischen reich und arm in fast allen arabischen Nicht-Ölländern fortbestehen, sind die Könige, Scheichs, Emire oder Diktatoren vom Schlage Saddam Husseins oder Assads auswechselbar. Der von diesen Ländern ausgehende Aggressionsdruck wird bestehen bleiben, und jeder dieser Regenten wird versuchen, ihn von innen nach außen zu leiten: von sich und seiner Unwilligkeit oder Unfähigkeit zu sozialen und demokratischen Reformen auf die bösen Machenschaften seiner Nachbarn und der noch verwerflicheren, weil ungläubigen westlichen Umwelt. Man kommt zu dem fatalen Ergebnis, daß der Nahe Osten als eine Brutstätte für Terrorismus, religiösen Wahn und Fremdenhaß der Welt noch lange erhalten bleiben wird - es sei denn, es gelänge, die extremen Ungleichheiten abzubauen und mit Hilfe der Ölüberschüsse der reichen arabischen Nationen so etwas wie eine gesamtarabische Entwicklungs- und Integrationspolitik in Gang zu bringen, ein Konzept, von dem die Führer der arabischen Nation indessen noch immer weit entfernt sind.

Zwei Scheinprobleme: kolonialistische Hypothek und Erbfeind Israel

Stattdessen sucht das Gros der arabischen Politiker und Intellektuellen noch immer nach einem Alibi für den ökonomischen Rückstand ihrer Völker und findet es im Erbe des Kolonialismus einerseits und im permanenten Krieg gegen den Erbfeind Israel andererseits. Zugegeben: Die Grenzziehung der Kriegssieger von 1914/18, England und Frankreich, im den Osmanen abgejagten Nahen Osten ist eines der bizarrsten und verantwortungslosesten Kapitel westlichen Imperialismusgehabes. Weil England seine Helfer im Kampf gegen die Türken, die später durch die Saudis vertriebenen Sherifen von Mekka, abfinden wollte, „belehnte“ es sie mit den beiden ad hoc geschaffenen Königreichen von Irak und Transjordanien. Beliebter wurden diese durch Fremde eingesetzten landfremden Herrscher bei ihren Untertanen

dadurch nicht. Den einen - in Bagdad - brachten nach dem Zweiten Weltkrieg Saddam Husseins Amtsvorgänger grausam und blutig um. Der andere - in Amman - überlebte zwar - bislang - sowohl die Zerstückelung seines Landes wie zahlreiche Attentatsversuche und Aufstände, ein Volkskönig ist er deswegen nicht geworden. Weil Frankreich seine libanesischen Christen schützen wollte, verkleinerte es Groß-Syrien um den Libanon, und alle Welt wundert sich heute, warum Syrien als Schutz- und Ordnungsmacht seine alten Landesteile annektiert.

Nach 1918 wurde die Chance vertan, aus den ehemaligen Provinzen des osmanischen Imperiums ein vernünftig gegliedertes und abgegrenztes arabisches Commonwealth zu schaffen, das gleichzeitig eine bessere Zuordnung von Menschen und Ressourcen ermöglicht hätte. Stattdessen wurden Willkürgrenzen gezogen und Kunststaaten mit sowohl ethnischen wie religiösen Problembomben geschaffen. Der Irak ist das markanteste Beispiel dafür, ein Staat, dessen Staatsräson geradezu darin zu bestehen scheint, einer Minderheit wie den arabischen Sunniten die Chance zu geben, die Mehrheit der anderen Gruppen und die im Land lebenden Minderheiten, von Kurden bis Schiiten, zu unterdrücken. Dennoch gibt es kein Gesetz, daß solch ein Staat nur durch einen Militärdespoten regiert und zusammengehalten werden kann. Wenn sich eine Region für Regionalismus, Föderalismus, religiöse Toleranz und ethnische Autonomien eignet, dann das uralte Kulturland der sume-rischen, akkadischen, assyrischen Stadtstaaten zwischen Euphrat und Tigris. Sie gehorchten keinem Großkönig wie ihre Brüder am Nil, respektierten ihre und der Nachbarn Götter und trieben friedlichen Handel. Warum nur damals, warum nicht heute?

Und Israel? Gerade die Erblast des Kolonialismus relativiert die Schuld des Erbfeindes Israel an der arabischen Misere. Als Israel nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben trat und Staatsform annahm, waren die heutigen Grenzen und Probleme längst geschaffen. Israel hat sie zunächst nur unwesentlich verändert. Seine territoriale Expansion vollzog sich innerhalb der bestehenden Grenzen, im wesentlichen zu Lasten des von den Engländern geschaffenen Kunststaates Transjordanien. Gewiß: Man hätte sehr viel mehr für die damals und später entwurzelten Palästinenser tun können und müssen — auch Israel. Aber das gilt auch für die arabische Umwelt, die sich, gerade was die Flüchtlinge aus Palästina betraf, als integrationsunwillig erwies. Man steckte diese Ärmsten der Armen in Lager, statt ihnen vorhandenes Land zur Siedlung — sei es in Jordanien, sei es im Libanon oder in Syrien — anzubieten. Ein trauriges Kapitel, das aber nur beweist, daß sich Nicht-Integration oder bewußt unterlassene Integration nicht auszahlt, weder menschlich noch ökonomisch noch politisch. Arabien wie Israel zahlen noch immer einen hohen Preis für die Nicht-Lösung der Palästinenserfrage, nämlich ihren ewigen Grenz- und Bürgerkrieg, der beide Seiten weder schlafen noch zu Frieden, Wohlstand und wechselseitigem Respekt kommen läßt. Aber auch das ist ein Problem, das nicht von außen, sondern nur von innen her gelöst werden kann - durch ein

Integrationskonzept à la EG, einen Gemeinsamen Markt, in dem sich nicht nur Güter, sondern auch Menschen frei bewegen und niederlassen können.

Ein gemeinsamer Markt und seine Chancen

Der Golfkrieg hat schonungslos, aber auch teurer als jede Entwicklungsstudie die wahren Hintergründe, Ursachen und Kosten der arabischen Misere bloßgelegt. Ein Vergleich mit Westeuropa verdeutlicht, was gemeint ist. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein waren beide Regionen die wohl „fruchtbarsten“ Kriegszonen der Erde. Erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat Westeuropa mit dieser Tradition gebrochen. Nicht so der Nahe Osten. Was ist passiert? Westeuropa hat sich seitdem wirtschaftlich und zunehmend auch politisch integriert. Es hat sich, wie noch nie in seiner langen und durchaus blutigen Geschichte, mit seinen Nachbarn arrangiert. Man hat bei zunächst noch fortbestehenden politischen Grenzen zumindest die ökonomischen abgebaut und nivelliert; es gibt keine Zoll-, Handels- und Niederlassungsgrenzen mehr und demnächst werden aller Voraussicht nach auch die Währungsgrenzen fallen, nachdem sie schon jetzt weitgehend „berechenbar“ geworden sind: dank der im Europäischen Währungssystem (EWS) vereinbarten festen, quasi-metrischen Wechselkurse. Dies hat nicht nur zu einem spektakulären Aufschwung der wechselseitigen Ex- und Importe geführt, einer Zone dichten Handelsverkehrs zwischen den Partnern. Weitaus folgen- und perspektivenreicher ist, daß die fast totale Beweglichkeit der Güter, Menschen und Kapitalinvestitionen das einstmals bestehende Armuts-Reichtumsgefälle zwischen dem Norden und Süden Europas, zwischen Nordsee- und Atlantikküste einerseits, den Mittelmeeranrainern andererseits zwar nicht ausgeglichen, aber doch deutlich nivelliert hat. Der Abstand zwischen der alten Bundesrepublik und Portugal beträgt, gemessen am Durchschnittseinkommen, zwar immer noch **5:1**, aber nicht wie im Falle der Emirate zu Ägypten 30:1 oder im Falle Kuwaits zum Irak mehr als 7:1.

Und: Je weiter die europäische Integration fortschreitet, desto mehr wird sich das Einkommens- und Wohlstandsgefälle verringern, einfach deswegen, weil Länder mit günstigen Standortbedingungen, hohen Kapitalerträgen und einem vorteilhaften Wechselkurs Investoren und Investitionen geradezu magnetisch anziehen.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den EG-Ländern in US-Dollar

Belgien BRD	14071 18220	Irland Italien	8297 13224
Dänemark Frankreich	19750 15818	Luxemburg Niederlande	16138 14530
Griechenland Großbritannien	4719 11765	Portugal Spanien	3761 7449

Quelle: OECD -Economic Surveys 1989

Integration ist nicht nur eine Methode, wie man trotz fortbestehender Nationalitäten einen multinationalen, größeren Markt organisiert. Es ist auch ein Marktmechanismus, wie man die von Natur und politischer Grenzziehung her unterschiedliche Ausstattung der nationalen Räume mit Ressourcen, von den Bodenschätzen bis zur Verkehrslage, mit der Zeit durch Handel korrigiert, friedlich und ohne politische Pressuren oder gar Krieg. Auch wenn kein Ökonom, keine Theorie oder kein Modell klar anzugeben vermögen, in welcher Richtung oder Kausalität dieser Prozeß verläuft und ob der äußere Integrationsfortschritt den inneren Nivellierungsprozeß vorantreibt oder ob letzterer dazu führt, daß nationale Marktgrenzen übersprungen und Integrationsabkommen geschlossen werden müssen, der wechselseitige Zusammenhang liegt offen zutage. Mit zunehmend „egalitärer“ werdender Einkommensverteilung und demzufolge besser verteilter Reichtum verblassen nicht nur innere Feindbilder: Arbeiter sehen im Unternehmer nicht mehr ihren Ausbeuter, Erwerbstätige im Rentner nicht nur eine Belastung. Entsprechendes gilt, wenn der größere Wohlstand als Folge und Funktion der größeren „integrativen“ Arbeitsteilung und Verflechtung mit den Nachbarökonomien erkannt und verstanden wird, denn dann bauen sich auch die traditionell verfestigten und stereotypen äußeren Feindbilder ab: Deutsche und Franzosen entdecken sich als verlässliche Nachbarn und nützliche Partner, der „Erbfeind“ verschwindet. Der Integrationsvorgang macht somit die Gesellschaften und ihre Mitglieder über den Wohlstand und seine Verteilung friedlicher, besonnener, er macht sie rationaler. Denn wer etwas zu verlieren hat, kalkuliert die möglichen Verlustrisiken nüchterner, vor allem die mit Konflikt und Krieg verbundenen. Es ist nicht das Schlechteste, daß man über den Kapitalismus, erst recht über den zur Sozialen Marktwirtschaft geläuterten, sagen kann, daß er das Wort „Kriegsbegeisterung“ in seinem Schlagwortverzeichnis nicht kennt. Wie sich die Reichtumsgesellschaft überhaupt von der Armutsgesellschaft dadurch unterscheidet, daß sie für Kollektivräusche zunehmend weniger Raum und Verständnis zeigt: ein deutlicher Vorteil des in dieser Gesellschaft möglichen Individualismus.

Wenn es um Humanisierung, Demokratisierung und Pazifizierung der Menschen und ihrer Systeme geht, ist auf die Wirtschaft weit mehr Verlaß als auf die Religion, mag letztere noch so sehr auf Altruismus, Toleranz und Vergeben fixiert sein. Als Europa arm, aber christlich war, hat es mehr blutige Raub- und Religionskriege geführt als heute, da es reich, materialistisch, aber ziemlich unchristlich geworden ist. Die Schlußfolgerung für den Nahen Osten liegt auf der Hand. Nicht die religiöse Raserei seiner Mullahs wird ihn befrieden, sondern einzig und allein eine nüchterne, auf die Zukunftsperspektiven seiner Menschen gerichtete Entwicklungs- und Integrationspolitik. Es war der große deutsche Weltökonom Friedrich List, der schon vor über 150 Jahren darauf hinwies, daß Integration nicht nur die ökonomischen Kosten senkt, sondern auch die politischen. Eine wirtschaftlich integrierte Staatengemeinschaft könnte politisch bleiben, was sie war: ein Bündnis souveräner Nationalstaaten, und sich trotzdem in einen friedlichen „Weltstaat der Kaufleute“ verwandeln.

So wie trotz des Gemeinsamen Marktes in Europa England, Frankreich und Deutschland bleibt, bestände auch nach Schaffung eines Gemeinsamen Marktes in Arabien kein Handlungsbedarf für Grenzveränderungen oder Staatenfusionen nach dem verunglückten Vorbild der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) der frühen sechziger Jahre, die versucht hatte, aus den zwei arabischen Kulturländern Ägypten und Syrien einen Staat zu formen. Die wohl vorrangigste Aufgabe der Nachkriegszeit am Golf wird daher darin liegen, ein verbindliches Konzept für eine verstärkte Wirtschaftskooperation und -integration der reichen und der armen arabischen Staaten mit dem Ziel zu erarbeiten, sowohl die Kapitalüberschüsse der Region innerarabisch zu verwerten wie auch den innerarabischen Menschen-, Güter- und Geldaustausch zu intensivieren. Der auf diesem Gebiet tätige Arabic Council of Cooperation (ACC), der es bislang noch nicht einmal dazu gebracht hat, gemeinsame Integrationsziele zu formulieren, verdient es, aus seinem Dornröschenschlaf geweckt zu werden. Es ist wichtig, daß nicht ein Führungsland das Verfahren beherrscht, sondern eine gemeinsam geschaffene Autorität, die von allen Mitgliedsländern getragen und respektiert wird, wie etwa die EG-Kommission in Brüssel.

Sieht man es sachlich und ungetrückt von politischen Egoismen und Emotionen, verfügt die Golfregion über die besten Voraussetzungen für die Schaffung eines gemeinsamen arabischen Marktes. Es gibt ein starkes und durch den Krieg eher gestärktes Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen, kaum ins Gewicht fallende Sprachbarrieren und mit 120 bis 150 Millionen Menschen als Produzenten und Konsumenten genügend Spielraum für eine economics of scale und die Anwendung moderner Verfahren und Techniken. Die Voraussetzungen für eine gemeinsame Währung sind gut: Es gibt eine strukturelle Exportüberschußposition, und die Golfregion verfügt, zumindest in den Kapitalen, über eine hinreichende finanzielle Infrastruktur. Ein innerarabischer Geldmarkt, gestützt auf die Bankenzentren Amman, Kairo, Riad, die Emirate und demnächst vielleicht auch wieder Kuwait, könnte sowohl das Rückgrat wie den Motor für eine weitgehend aus arabischen Geldern finanzierte Investi-tions- und Entwicklungsoffensive abgeben. Man wäre weder auf den US-Dollar als Parallelwährung angewiesen noch auf ausländische Kapitalimporte oder -hilfen, so willkommen diese im Hinblick auf das noch fehlende Know-how auch wären.

Die phönizische Botschaft

Es gibt keine Entwicklungsregion der Welt, die sich so viele Chancen der Eigen-Entwicklung und Eigen-Finanzierung ausrechnen kann, wie der Nahe Osten, vorausgesetzt, es gelingt, die Kapital- und Devisenüberschüsse der Ölstaaten im Lande zu halten und für vernünftige Projekte zu verwenden. An letzteren fehlt es nicht. Die Importabhängigkeit auf vielen Gebieten, das Vorhandensein einer Vielzahl von Bodenschätzen und Mineralien — neben Mineralöl vor allem Phosphate und Pottasche - und der starke Ausbaubedarf der Infrastruktur weisen die Richtung. Hinzu kommen Dienstleistungsangebote

vom Transport bis zum Tourismus, vom Wiederaufbaubedarf der kriegszerstörten Regionen erst gar nicht zu reden. Es sieht fast so aus, als ob die arabischen Völker nicht einmal „Hilfe zur Selbsthilfe“ brauchten. Sie könnten sich auch ohne äußere Hilfe selber helfen, wenn sie es nur verstünden, ihr reiches Entwicklungspotential gesamtwirtschaftlich und sozial zu nutzen, statt wie bisher überwiegend privatwirtschaftlich und egoistisch.

Aber die Staaten der Golfregion haben nicht mehr allzuviel Zeit. Weder steigen die Öldividenden noch fließen sie ewig. Die Golfregion steht auf mittlere Sicht vor der Alternative, mit dem Ende des Ölzeitalters zurückzusinken in den Fellachenstatus ihrer Vorfahren, nur daß die Wüste inzwischen nicht mehr ausreicht, die Menschenmassen der Flächenstaaten und Hauptstädte auch nur angemessen zu ernähren und zu beschäftigen, oder die Staaten dieser Region schaffen den Anschluß an die Industriestandards und -Strukturen der westlichen Welt. Dies setzt freilich voraus, daß sie Werte, Motivationen und Verhaltensweisen dieser Welt annehmen und aufhören, sie zu verketzern und zu bekämpfen. Der Koran ist—wie die Bibel, mit der er viel gemein hat—weder menschen- noch wirtschaftsfeindlich. Er steht nicht im Widerspruch zu modernen Wirtschaftsnormen und -maßstäben wie Wettbewerb, Vertragstreue, Privateigentum und Minimierung des Staatseinflusses und verlangt von den Gläubigen, daß sie mit den ihnen von Allah gegebenen Pfunden „wuchern“. Mit so erzogenen und motivierten Menschen läßt sich sehr wohl eine moderne Unternehmerwirtschaft aufbauen, der Marketing, Investitionskalkül und Produktionsrisiken keine Fremdwörter sind. Arabien ist weder verurteilt, eine Kamelhändler- oder Basarwirtschaft zu bleiben noch sich zu einer Fellachenregion zurückzuentwickeln. Es muß nur begreifen, daß sich Wirtschaft und geschlossene, fundamentalistische Gesellschaft ausschließen und daß der ökonomische Kosmopolitismus die arabischen Probleme weit besser löst als der Rückfall in nationalistische Parolen, wie religiös verbrämt sie auch immer serviert werden.

So könnte das Ende des Golfkrieges der Anfang einer neuen Ära arabischer Integration nicht nur nach innen, sondern auch in die Weltwirtschaft werden. Ein Nachbar wie Israel könnte dabei wertvolle Hilfe leisten, als Brückenpfeiler zum Westen und als Vermittler des dafür notwendigen Know-how. Als die Araber noch Phönizier hießen, war ihnen diese Haltung geläufig. Diese phönizische Botschaft ist für das moderne Arabien aktueller denn je.